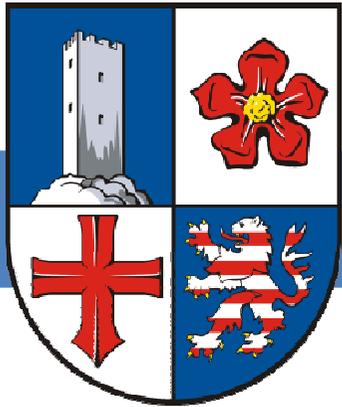
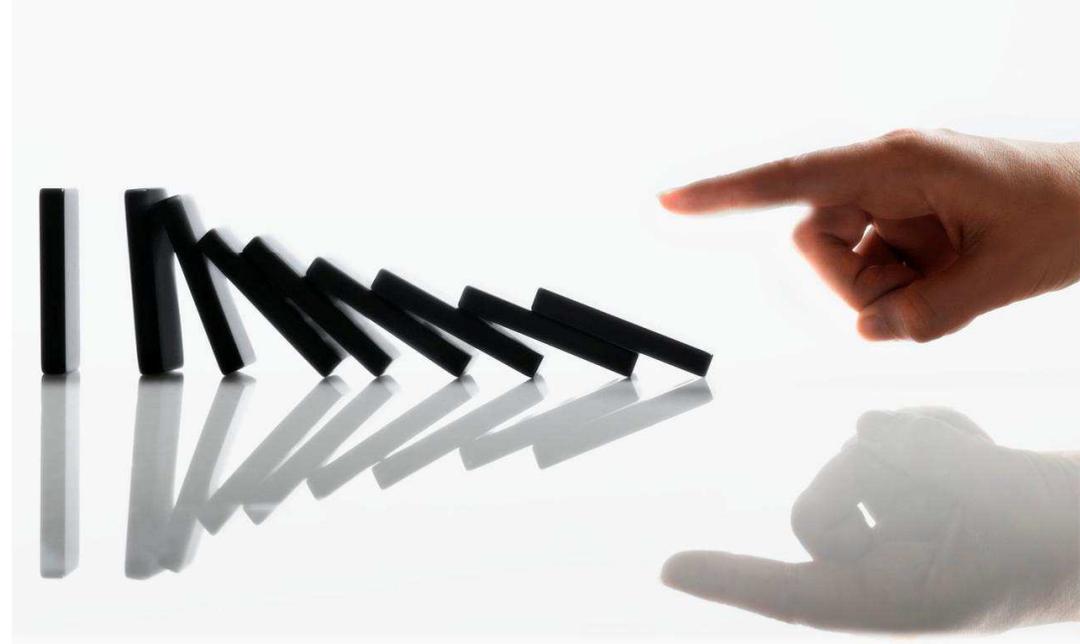


2017



2. Finanz- und Controllingbericht



Kreis Bergstraße

31.08.2017

Vorbemerkungen zum Finanzteil des Berichts

Nach § 28 GemHVO ist der Kreisausschuss verpflichtet, dem Kreistag mehrmals jährlich über den Stand des Haushaltsvollzugs zu unterrichten. Diese Unterrichtung erfolgt seit 2008 durch zwei Finanz- und Controllingberichte je Haushaltsjahr. Im Finanzteil des vorliegenden Berichts wird im Ergebnishaushalt auf Gesamthaushaltsebene sowie auf der Ebene der Teilhaushalte die jeweilige Entwicklung des Haushaltsvollzugs zum 31.08.2017 abgebildet und eine Prognose zum Ende des Haushaltsjahres 2017 abgegeben. Die Prognose basiert auf der Einschätzung der Produktverantwortlichen. Hierzu wurden die Produktverantwortlichen gebeten, bereits absehbare, haushaltswirksame Veränderungen, die 5 T€ je Produkt und Aufwands- bzw. Ertragsart überschreiten, mitzuteilen. Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, die Versorgungsaufwendungen und die Abschreibungen werden erst am Jahresende gebucht. Um eine realistischere Auswertung des Gesamtergebnisses zu gewährleisten, wurde bei diesen Positionen (kalkulatorisch) ein Buchungsstand zum 31.08.2017 unterstellt, der exakt 2/3 des Ansatzes entspricht. Beim Finanzhaushalt wurden die Investitionen und die Kreditaufnahme dargestellt. Außerdem wird über die seit dem letzten Berichtsstichtag aufgenommenen Kredite und abgeschlossenen Derivativen Finanzinstrumente berichtet. Des Weiteren sind im Rahmen der Berichterstattung zum Kommunalen Schutzschirm die Veränderungen nach Produktbereichen gegliedert separat dargestellt. Ferner wird unter Teilhaushalt 1 über Fallzahlen und Volumen bei den Insolvenzen, den Niederschlagungen und den Stundungen, über die Zahl der Vollstreckungsfälle sowie über die Einnahmen aus der zentralen Rückstandsdatei für das Zulassungswesen berichtet.

Vorbemerkungen zum Controllingteil des Berichts

Zu 26 der 69 Produkte im Haushaltsplan 2017 wurden 43 Ziele mit 49 Kennzahlen (i.d.R. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung) definiert. Im Nachfolgenden sind diese Produkte, Ziele und Kennzahlen mit ihren derzeitigen und prognostizierten Zielerreichungsgraden wie folgt dargestellt:

- Ist = Wert zum Abfragezeitpunkt 31. August 2017
- Prognose = gemäß Einschätzung der Produktverantwortlichen zum 31.12.2017 voraussichtlich erreichter Zielerreichungsgrad
- Monitor = Einschätzung des Abweichungsgrades sowie des Steuerungsbedarfs:
 - Monitor "weiß": Verbesserung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich erreicht oder übererfüllt; Steuerungsmaßnahmen sind nicht erforderlich (bei 34 Kennzahlen = 69 %)
 - Monitor "grau": Verschlechterung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich nicht erreicht; Steuerungsmaßnahmen sind jedoch nicht möglich oder bereits durch die Produktverantwortlichen ergriffen (bei 14 Kennzahlen = 29 %)
 - Monitor "schwarz": Verschlechterung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich nicht erreicht; Steuerungsmaßnahmen sind jedoch noch möglich, ggfs. auch durch die Kreisgremien (bei 1 Kennzahl = 2 %).

Zum Zweck der Vergleichbarkeit und Orientierung enthält der Controllingbericht neben den Daten aus dem 1. diesjährigen Controllingbericht jeweils die Daten aus den Jahresabschlüssen 2009 - 2016 incl. jeweiliger Abweichung Plan/Ist (in Kursivdruck), soweit die Ziele bzw. Kennzahlen im jeweiligen Haushaltsjahr bereits bestanden. Sofern Kennzahlen in %-Werten (Verhältniskennzahlen) angegeben sind, erfolgt zudem eine gesonderte Darstellung der absoluten Zahlen (Zähler / Nenner), beschränkt jedoch auf die Daten des aktuellen Controllingberichts.

Gesamtergebnishaushalt

Pos.	Beschreibung	Ansatz Haushalt 2017	Prognose zum 31.12.2017	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 31.08.2017	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-33.980 €	-105.600 €	71.620 €	210,8%	-52.964 €	155,9%
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-10.153.880 €	-12.424.098 €	2.270.218 €	22,4%	-8.763.916 €	86,3%
03	Kostensatzleistungen und- erstattungen	-23.802.109 €	-16.125.867 €	-7.676.242 €	-32,3%	-5.242.156 €	22,0%
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen	0 €	0 €	0 €		0 €	
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-186.400.000 €	-186.400.000 €	0 €	0,0%	-136.830.684 €	73,4%
06	Erträge aus Tranferleistungen	-92.901.290 €	-91.245.923 €	-1.655.367 €	-1,8%	-58.202.165 €	62,6%
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-116.063.104 €	-117.367.698 €	1.304.294 €	1,1%	-72.540.345 €	62,5%
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-7.730.800 €	-7.730.800 €	0 €	0,0%	-5.153.867 €	66,7%
09	Sonstige ordentliche Erträge	-171.830 €	-212.043 €	40.213 €	23,4%	-56.187 €	32,7%
10	Summe der ordentlichen Erträge	-437.256.993 €	-431.612.029 €	-5.645.265 €	-1,3%	-286.842.283 €	65,6%
11	Personalaufwendungen	41.634.900 €	39.715.900 €	1.919.000 €	-4,6%	24.194.362 €	58,1%
12	Versorgungsaufwendungen	4.889.100 €	4.889.100 €	0 €	0,0%	3.259.400 €	66,7%
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	42.385.260 €	41.939.073 €	446.187 €	-1,1%	21.416.063 €	50,5%
14	Abschreibungen	5.894.499 €	5.894.499 €	0 €	0,0%	3.929.666 €	66,7%
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendu	73.305.649 €	73.213.149 €	92.500 €	-0,1%	47.548.922 €	64,9%
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflicht	52.429.000 €	52.422.842 €	6.158 €	0,0%	35.050.844 €	66,9%
17	Transferaufwendungen	199.845.008 €	184.611.326 €	15.233.682 €	-7,6%	112.376.330 €	56,2%
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.600 €	7.801 €	-201 €	2,6%	6.038 €	79,4%
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)	420.391.016 €	402.693.690 €	17.697.326 €	-4,2%	247.781.625 €	58,9%
20	Verwaltungsergebnis	-16.865.977 €	-28.918.339 €	12.052.062 €	71,5%	-39.060.658 €	231,6%
21	Finanzerträge	-528.010 €	-159.657 €	-368.353 €	-69,8%	-79.579 €	15,1%
22	Finanzaufwendungen	6.637.615 €	5.566.557 €	1.071.058 €	-16,1%	1.420.381 €	21,4%
23	Finanzergebnis	6.109.605 €	5.406.900 €	702.705 €	-11,5%	1.340.802 €	21,9%
24	Ordentliches Ergebnis	-10.756.372 €	-23.511.439 €	12.754.767 €	118,6%	-37.719.856 €	350,7%
25	Außerordentliche Erträge	-988.500 €	-2.909.100 €	1.919.060 €	194,3%	-2.433.261 €	246,2%
26	Außerordentliche Aufwendungen	1.925.900 €	4.117.280 €	-2.190.725 €	113,8%	3.793.437 €	197,0%
27	Außerordentliches Ergebnis	937.400 €	1.208.180 €	-271.665 €	28,9%	1.360.176 €	145,1%
28	Jahresergebnis	-9.818.972 €	-22.303.259 €	12.483.102 €	127,1%	-36.359.680 €	370,3%

Das **Jahresergebnis** verbessert sich gegenüber dem vom Kreistag am 12.12.2016 beschlossenen und von der Aufsichtsbehörde mit Schreiben vom 28.02.2017 genehmigten Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 voraussichtlich um rd. 12.483 T€ auf einen Überschuss von rd. 22.303 T€. Gegenüber der Prognose im 1. Finanz- und Controllingbericht ist das eine nochmalige Verbesserung um rd. 8.019 T€. Für insgesamt 39 Produkte des Kreishaushalts wird im Jahresergebnis eine Verbesserung gegenüber den Haushaltsansätzen prognostiziert, für 16 Produkte wird mit einer Verschlechterung gerechnet, bei 14 Produkten werden keine Abweichungen von den Ansätzen prognostiziert. Für das **Ordentliche Ergebnis** ergibt sich eine prognostizierte Verbesserung von rd. 12.755 T€ gegenüber dem Haushaltsplan und um rd. 8.228 T€ gegenüber der Prognose im ersten Bericht. Das entspricht einer positiven Abweichung vom vereinbarten **Konsolidierungspfad** i. H. von rd. 26.889 T€ bzw. 102,38 € je Einwohner. Damit ist nach wie vor gewährleistet, dass die Vorgaben, die sich aus dem Konsolidierungsvertrag mit dem Land Hessen im Rahmen der Teilnahme am kommunalen Schutzschirm des Landes ergeben, erfüllt werden.

Sowohl die ordentlichen Erträge (- 5.645 T€) als auch die ordentlichen Aufwendungen (- 17.697 T€) verringern sich. Das prognostizierte **Verwaltungsergebnis** verbessert sich somit um rd. 12.052 T€ gegenüber dem Haushaltsplan und um weitere rd. 7.727 T€ gegenüber der Prognose des 1. Berichts. Auf der Ertragsseite verringern sich primär die Kostenersatzleistungen und -erstattungen sowie die Transfererträge. Die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen hingegen werden sich erhöhen. Auf der Aufwandsseite sind v. a. die Personalaufwendungen, die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie die Transferaufwendungen rückläufig. Das **Finanzergebnis** stellt sich mit einer prognostizierten Verbesserung von rd. 703 T€ ebenfalls positiv dar. Im **Außerordentlichen Ergebnis** wird zudem mit Verschlechterungen i. H. v. rd. 271,7 T€ gerechnet.

Bei den **Personalaufwendungen** wird gegenüber der Veranschlagung insgesamt eine Einsparung i. H. v. 1.919 T€ prognostiziert. Im 1. Bericht wurde noch von Einsparungen i. H. v. 1.313 T€ ausgegangen. Diese Entwicklung ist wie folgt zu begründen: Mehraufwendungen in Höhe von 88.6 T€ entstehen im Bereich der Abteilung Soziales und im Bereich des Personalmanagements. Demgegenüber steht ein Minderaufwand in Höhe von rd. 2.008 T€. Insbesondere das Ausscheiden von Beschäftigten und Beamten, sowie im Anschluss daran eine verzögerte Wiederbesetzung vakanter Stellen (Stellenanteilen) sowie interne Besetzung von Stellen (hierdurch Reduzierung von Personalkosten) sind für diese erheblichen Einsparungen verantwortlich.

Teilhaushalt 01 – Zentrale Verwaltung

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2017	Prognose zum 31.12.2017	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 31.08.2017	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	-11.333.480 €	-11.483.924 €	150.444 €	1,3%	-7.263.562 €	64,1%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	31.216.271 €	30.631.500 €	584.771 €	-1,9%	19.782.494 €	63,4%
Verwaltungsergebnis	19.882.791 €	19.147.576 €	735.215 €	-3,7%	12.518.932 €	63,0%
Finanzergebnis	-56.000 €	-46.013 €	-9.987 €	-17,8%	-32.267 €	57,6%
Ordentliches Ergebnis	19.826.791 €	19.101.563 €	725.228 €	-3,7%	12.486.665 €	63,0%
Außerordentliches Ergebnis	-28.200 €	-201.574 €	172.440 €	614,8%	-150.742 €	534,5%
Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen	19.798.591 €	18.899.989 €	897.668 €	-4,5%	12.335.923 €	62,3%

Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 725 T€ gegenüber dem Ansatz und um rd. 113 T€ gegenüber dem 1. Bericht. Ertragsverbesserungen bei den Öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten (+ 50,3 T€), höhere Kostenersatzleistungen und -erstattungen (+ 76,6 T€), leicht erhöhte Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen (+ 8 T€) sowie die Erhöhung von sonstigen Erträgen (+ 15 T€) sind für diese Ertragsverbesserungen als Ursachen zu benennen. Auf der Seite der ordentlichen Aufwendungen sind vor allem Einsparungen beim Personalaufwand (- 680 T€) sowie höhere Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen (+ 93,2 T€) zu nennen. Die ordentlichen Aufwendungen verbessern sich dadurch um rd. 584,8 T€, sodass sich das Verwaltungsergebnis insgesamt um rd. 735,2 T€ verbessert. Bei den Finanzerträgen wird mit Einbußen i. H. v. knapp 10 T€ gerechnet.

Bei den *Pfändungs- und Vollstreckungsgebühren der Kreiskasse* (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte) wird mit zusätzlichen Erträgen i. H. v. 61 T€ gerechnet. Die Hochrechnung der seitherigen Erträge bis zum Jahresende ergab rd. 220,5 T€. Aus vorzunehmenden Abrechnungen und Umbuchungen der Kostenbeiträge und uneinbringlichen Vollstreckungskosten wird der zusätzliche Ertrag von 61 T€ entstehen. Bei den *Gebührenerträgen des Ordnungs- und Gewerbewesens* ist der Ansatz zum Berichtszeitpunkt bereits um rd. 79,4 T€ überschritten. Der weitere Verlauf bis zum Erstellungszeitpunkt dieses Berichts lässt zum Jahresende geschätzt Mehrerträge von rd. 97,2 T€ erwarten. Deutliche Mehreinnahmen entstehen durch die neue Erlaubnis nach § 34i GewO (Immobiliendarlehensvermittler) (+ 82 T€) sowie einer Erhöhung der Anzahl der Jagdscheine um 24. Die Erhöhung der Antragszahlen im Bereich der kleinen Waffenscheine (+ 11,5 T€) wurde in der Prognose bereits berücksichtigt und entspricht der aktuellen Hochrechnung. Die *Gebührenerträge der Fleischhygiene* werden sich voraussichtlich um 50 T€ gegenüber der Veranschlagung verringern. Grund hierfür ist die rückläufige Zahl der Schlachtungen.

Forderungswesen: Insolvenzen, Niederschlagungen, Stundungen / Forderungen in der Vollstreckung / Zentrale Rückstandsdatei

Zurzeit gibt es 534 **Insolvenzfälle** mit einem Gesamtvolumen von 1.442.583,28 €. Zwischen dem 01.01.2017 und dem 31.08.2017 gab es 627 **Niederschlagungen** mit einem Gesamtvolumen von 334.531,90 € und 247 **Stundungen** mit einem Gesamtvolumen von 284.741,30 €. Es befinden sich derzeit (Stand 04.10.2017) 5.095 Forderungen (- 18 gegenüber 1. Bericht) in der **Vollstreckung**. Es handelt sich hierbei um 2.409 **eigene Forderungen** (-154) und um 2.686 **Fremdforderungen** (+136). Die Einnahmen aus der **Zentralen Rückstandsdatei** für das Zulassungswesen betragen von Februar 2010 bis August 2017 rd. 824,7 T€.

Teilhaushalt 02 – Schule und Kultur

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2017	Prognose zum 31.12.2017	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 31.08.2017	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	-72.869.900 €	-72.763.800 €	-106.400 €	-0,1%	-60.801.419 €	83,4%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	71.562.208 €	71.382.487 €	179.721 €	-0,3%	45.340.908 €	63,4%
Verwaltungsergebnis	-1.307.692 €	-1.381.313 €	73.321 €	5,6%	-15.460.510 €	1182,3%
Finanzergebnis	981.150 €	981.125 €	25 €	0,0%	650.379 €	66,3%
Ordentliches Ergebnis	-326.542 €	-400.188 €	73.346 €	22,6%	-14.810.131 €	4535,4%
Außerordentliches Ergebnis	-20.000 €	-2.286 €	-17.714 €	-88,6%	12.818 €	-64,1%
Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen	-346.542 €	-402.474 €	55.632 €	16,1%	-14.797.313 €	4270,0%

Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 73,4 T€ gegenüber dem Ansatz und um rd. 1,7 T€ gegenüber dem 1. Finanzbericht. Bei der *Kreisvolkshochschule* reduzieren sich die öffentlich rechtlichen Leistungsentgelte um rd. 109 T€. Zum einen aufgrund der DaF-Kurse (Deutsch für Flüchtlinge) als auch der Investitionen in den Kursbestand bedingt durch die Erweiterung der KVHS. Die Privatrechtlichen Leistungsentgelte erhöhen sich um knapp 2 T€ ebenso wie die Kostenersatzleistungen um 1,5 T€. Der Aufwand für Sach- und Dienstleistungen verringert sich insgesamt

um 179,9 T€. Die Ursache liegt ebenso in den DaF-Kursen wie zudem in einer Reduzierung der Kosten für die Personalgestellung durch die Stadt Bensheim. Die ordentlichen Erträge reduzieren sich somit insgesamt gegenüber der Veranschlagung um rd. 106 T€.

Teilhaushalt 03 – Soziales und Jugend

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2017	Prognose zum 31.12.2017	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 31.08.2017	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	-165.219.532 €	-158.245.088 €	-6.974.444 €	-4,2%	-90.943.660 €	6068,2%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	246.599.401 €	230.503.603 €	16.095.798 €	-6,5%	137.381.581 €	354,9%
Verwaltungsergebnis	81.379.869 €	72.258.515 €	9.121.354 €	-11,2%	46.437.921 €	6423,2%
Finanzergebnis	0 €	-473 €	473 €		-473 €	
Ordentliches Ergebnis	81.379.869 €	72.258.042 €	9.121.827 €	-11,2%	46.437.448 €	57,1%
Außerordentliches Ergebnis	985.600 €	1.601.192 €	-615.592 €	62,5%	1.688.048 €	171,3%
Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen	82.365.469 €	73.859.234 €	8.506.235 €	-10,3%	48.125.496 €	58,4%

Die ordentlichen Erträge (- 6.974 T€) als auch die ordentlichen Aufwendungen (- 16.096 T€) reduzieren sich gegenüber der Veranschlagung. Die einzelnen Teilbereiche stellen sich dabei wie folgt dar:

Teilbereich Soziales (Produkte 3010 bis 3060, 3080, 3101, 3130 und 3220):

Die ordentlichen Erträge reduzieren sich um rd. 6.974 T€ gegenüber dem Ansatz, die ordentlichen Aufwendungen um rd. 16.096 T€, so dass sich das Ordentliche Ergebnis im Teilbereich Soziales um rd. 9.121 T€ gegenüber der Haushaltsplanung verbessert. Die einzelnen Hilfearten entwickeln sich voraussichtlich wie folgt:

- **Hilfe zum Lebensunterhalt (3010):** Die Einführung des Pflegestärkungsgesetz III hat zu strukturellen Änderungen in der Verwaltung geführt. Ab 2017 werden die Einkommen der Hilfeempfänger vorrangig auf Leistungen der Grundsicherung und der Hilfe zum Lebensunterhalt angerechnet, was im Produkt *Hilfe zum Lebensunterhalt* in Einrichtungen einen weniger Aufwand von rd. 451,2 T€ verursacht. Die Hilfe

zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen erhöht sich aufgrund gestiegener Fallkosten (trotz geringerer Fallzahlen) um rd. 131,6 T€. Somit reduzieren sich die ordentlichen Aufwendungen aufgrund der verringerten Transferaufwendungen um insgesamt rd. 320 T€.

- **Hilfe zur Pflege (3020):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 2.105 T€. Auch bei diesem Produkt ist die prognostizierte Veränderung fast ausschließlich auf den Transferaufwand zurückzuführen. In der ambulanten Pflege wurden die prognostizierten Fallzahlen bisher nicht erreicht (177 statt 324 Fälle), die durchschnittlichen Kosten pro Fall jedoch überschritten (688 € statt 522 € je Fall), was insgesamt zu einer Einsparung i. H. v. rd. 568,5 T€ führt. In der Hilfe zur Pflege in Einrichtungen wurden die prognostizierten Fallzahlen bisher ebenfalls nicht erreicht (599 statt 632 Fälle). Auch die Kosten pro Fall und Monat fallen geringer aus als ursprünglich geschätzt (621 € statt 791 €). Dies führt unter dem Strich zu einer Einsparung von rd. 1.536,2 T€.
- **Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (3030):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um 124 T€. Die ausschließlich beim Transferaufwand entstehende Verbesserung begründet sich wie folgt: die Aufwendungen in der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen außerhalb von Einrichtungen fallen voraussichtlich geringer aus als prognostiziert (- 112 T€). Bei niedrigeren Fallzahlen (646 statt den geplanten 758) erhöhen sich die Kosten pro Fall und Monat von 885 € auf 1.024 €. Die Eingliederungshilfe in Einrichtungen wird in der Regel beim Landeswohlfahrtsverband bearbeitet und dem Kreis einmal jährlich in Rechnung gestellt. Insofern ist es kaum möglich unterjährig eine Entwicklung abzubilden. Der aktuelle Prognosewert (- 12 T€) orientiert sich daher am Ergebnis des Jahres 2016. Im außerordentlichen Bereich entstehen rd. 282,7 T€ Mehraufwendungen zusätzlich aufgrund verzögerter Rechnungsstellung durch erhebliche Bearbeitungsrückstände aus Vorjahren.
- **Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (3050):** Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um rd. 354,8 T€. Die geplanten Fallzahlen sind noch nicht erreicht, allerdings sind die Kosten pro Fall signifikant gestiegen, sodass der Prognosewert erheblich überschritten wird.
- **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (3060):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich leicht um 15 T€. Die Erträge aus Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land erhöhen sich daher um 625 T€ auf 13.454 T€. Die Transferaufwendungen erhöhen sich um insgesamt 640 T€. Bei der Grundsicherung außerhalb von Einrichtungen wurden die prognostizierten Fallzahlen noch nicht erreicht (2.160 statt 2.209 Fälle), während die durchschnittlichen Kosten pro Fall mit 506 € statt 464 € bereits überschritten wurden, was insgesamt zu einem Mehraufwand i. H. v. 815,6 T€ führt. Die Beteiligung des Bundes gem. § 46a SGB XII i. H. v. 100 % des Nettotransferaufwandes steigt analog.

Bei der Grundsicherung in Einrichtungen wurden die Fallzahlen bislang ebenfalls nicht erreicht (130 statt 240 Fälle), die durchschnittlichen Aufwendungen pro Fall überschreiten den Planansatz deutlich (365 € statt 258 €), was in der Summe dennoch zu Einsparungen führt (175,6 T€). Die Beteiligung des Bundes gem. § 46a SGB XII i. H. v. 100 % des Nettotransferaufwandes sinkt analog.

- **Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (3080):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich signifikant um rd. 6.513,5 T€. Aus einem prognostizierten Defizit von rd. 5.551 T€ wird ein Überschuss von rd. 962,6 T€.
 - o Die **Transferaufwendungen** verringern sich um rd. 3.128,7 T€. Bis zum 31.08.2017 wurden insgesamt 407 Personen zugewiesen. Die Prognose geht davon aus, dass es zunächst bei diesen moderaten Zuweisungsquoten bleibt, bzw. dass es nicht mehr Zugänge gibt als Abgänge von Bleibeberechtigten in das Leistungssystem nach dem SGB II.
 - § 2 AsylbLG:
 - Lfd. Leistungen 1.563 Personen (statt 624) x 300 € mtl. (statt 297,30 €) = 5.626,8 T€ (statt 2.227 T€)
 - Krankenhilfe = 1.318 T€ (unverändert)
 - Sonstige Hilfen = 21 T€ (statt 3 T€)
 - § 3 AsylbLG:
 - Lfd. Leistungen 1.938 Personen (statt 2.498) x 279 € mtl. (statt 336 €) = 6.488,5 T€ (statt 10.070,4 T€)
 - Krankenhilfe = 2.000 T€ (statt 3.626,6 T€)
 - Arbeitsgelegenheit = 30 T€ (statt 50 T€)
 - o Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** verringern sich ebenfalls (- rd. 6.102 T€). Die aktuelle Prognose geht davon aus, dass die Zuweisungen weiterhin sehr moderat bleiben und nur in geringem Umfang neue Gemeinschaftunterkünfte aquiriert werden müssen. Ein erhebliches Problem stellen die Leistungsberechtigten nach dem SGB II dar, die noch immer in den Gemeinschaftsunterkünften leben weil nicht ausreichend sozialer Wohnraum zur Verfügung steht. Ab Oktober 2017 werden mehr Bleibeberechtigte mit Leistungen nach dem SGB II in den Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sein als Asylbewerber. Im Einzelnen stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:
 - Kreiseigene Gemeinschaftsunterkünfte und Umnutzung ehemaliger Bürogebäude: 3.033 T€ (+ 2.571,8 T€)
 - angemietete Gemeinschaftsunterkünfte: 9.400 T€ (- 9.421,6 T€)
 - KdU für Leistungsberchtigte SBG II in Gemeinschaftunterkünften: 1.880 T€ (neu)
 - Privatwohnungen: 1.710 T€ (- 1.133 T€)
 - Integrationsmaßnahmen und Koordination Ehrenamt: 350 T€ (unverändert)
 - Betriebskosten Verwaltung: 67 T€ (+ 805 €)

- Im Gegenzug erhöhen sich die **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen** um 2.057,8 T€. Die aktuelle Kalkulation basiert auf den Daten zu den Personenlisten für das I. bis III. Quartal 2017 und der Annahme, dass es bis auf Weiteres bei der aktuellen Zuweisungsquote bleibt und gleichzeitig Abgänge in ähnlichem Umfang in das Leistungssystem nach dem SGB II erfolgen. Die Erstattung für die Krankenhilfe (25 T€) ist ein Schätzwert und orientiert sich an den Vorjahresergebnissen.
- Die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** erhöhen sich um 1.108 T€ auf 1.150 T€. Sofern ein Leistungsberechtigter nach AsylbLG Einkommen erzielt und in einer Gemeinschaftsunterkunft wohnt, ist er an den Kosten der Unterkunft zu beteiligen. Die Höhe des Entgeltes orientiert sich an der Verteilungs- und Unterbringungsgebührenordnung (VUBGebV) und variiert je nach Einkommen und Haushaltsstruktur. Diese Erträge wurden im Ansatz kalkuliert.
 Neu hinzugekommen sind Erstattungen der Job-Center für die Unterbringung von Leistungsberechtigten nach dem SGB II in Gemeinschaftsunterkünften. Diese Erstattungen richten sich ebenfalls nach der VUBGebV, diese sind jedoch nicht kostendeckend. Um eine transparente Darstellung zu ermöglichen werden Aufwand und Ertrag für diesen Personenkreis gesondert gebucht, vgl. hierzu die Position „KdU für LB SGB II in GU“ unter „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ - Prognose.
 Angesichts der Anzahl von Leistungsberechtigten im AsylbLG, die eine gute Bleibeperspektive haben und mittelfristig in das SGB II wechseln werden, ist keine Trendwende zu erwarten. Da die Lage am sozialen Wohnungsmarkt ebenfalls mehr als ernüchternd ist, kann auch nicht mit Auszügen in größerem Umfang gerechnet werden.
 Der Prognose liegt eine sehr moderate Schätzung zu Grunde.
- Die **Personalaufwendungen** verringern sich um 130,7 T€ aufgrund zeitweiser Vakanzen und dem Ende von befristeten Arbeitsverhältnissen.
- **Sonstige Hilfen und Sozialleistungen (3130):** Im ordentlichen Ergebnis wird eine Verbesserung von rd. 66,8 T€ prognostiziert. Die privaten Leistungsentgelte steigen von 13,58 T€ um 66,4 T€ auf 80 T€ durch die Erstattungen vom Job-Center für Leistungsberechtigte nach dem SGB II in Gemeinschaftsunterkünften. Im Gegenzug sinkt die Kostenerstattung für Städte und Gemeinden für die Fehlbelegungsbearbeitung um 27,5 T€. Die Personalkosten sinken um 27,9 T€ aufgrund zeitweiser Vakanzen. Im außerordentlichen Bereich sind Erträge i. H. von rd. 26,8 T€ ohne Ansatz entstanden.

Bei den Produkten 3040, 3101 und 3220 werden keine wesentlichen Veränderungen gegenüber den Haushaltsansätzen prognostiziert.

Teilbereich SGB II (Produkt 3070)

Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um 1.177,4 T€. Die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen reduzieren sich um 1.500 T€. Die Erstattung der Aufwendungen für Flüchtlinge ist aufgrund niedrigerer Fallzahlen geringer als angenommen. Außerdem reduzieren sich die Erträge aus Transferleistungen um 310,4 T€. Auf der Aufwandsseite reduzieren sich die Personalaufwendungen um 44,1 T€ aufgrund von einer zeitweisen Vakanz, der Versetzung einer Beschäftigten sowie dem Ausscheiden einer Beamtin. Die Transferaufwendungen verringern sich um rd. 2.944 T€ T€, da die zusätzlichen Aufwendungen für Flüchtlinge (KdU und Regelleistung) geringer sind als zunächst prognostiziert

Teilbereich Jugend (Produkte 3120, 3140 bis 3210)

Das ordentliche Ergebnis bei den Produkten des Jugendamtes verschlechtert sich um rd. 879,4 T€. Die ordentlichen Erträge verringern sich voraussichtlich um rd. 9.097 T€, die ordentlichen Aufwendungen verringern sich um rd. 8.217,6 T€. Die einzelnen Hilfearten entwickeln sich dabei voraussichtlich wie folgt:

- **Unterhaltsvorschussleistungen (3120):** Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um rd. 48,8 T€. Die Transfererträge erhöhen sich um 1.142 T€. Aufgrund der Gesetzesänderung zum 01.07.2017 wird nun der Unterhaltsvorschuss bis zum 18. Lebensjahr gewährt (bisher nur bis zum 12. Lebensjahr) und ohne zeitliche Begrenzung (bisher nur 72 Monate). Erst seit Anfang August erfolgen die Buchungen, da das Gesetz erst Ende Juli ratifiziert wurde. Unterhaltsvorschussleistungen sind von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Pflichtigen abhängig. Daher besteht keine direkte Abhängigkeit gegenüber dem Transferaufwand. Der Transferaufwand erhöht sich um 1.191,3 T€. Es sind 2/3 der Erträge aus § 7 UVG an das Land abzuführen. Aufgrund der gestiegenen Erträge beim § 7 UVG erhöht sich analog auch der Erstattungs-aufwand an das Land. Ferner verringern sich die Personalaufwendungen um 75,7 T€ aufgrund von Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung und von zeitweisen Vakanzen.
- **Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Tagespflege (3140):** Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich voraussichtlich um rd. 528,8 T€. Die Transfererträge reduzieren sich um 330 T€. Die unterjährige Entwicklung zeigt, dass sich die Erträge nicht in der geplanten Höhe entwickeln werden. Bei den Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse wird mit Einsparungen i. H. v. 96 T€ gerechnet. Aufgrund des Übergangs von Asylbewerberleistungsgesetz §2 und SGB II und dem Familiennachzug werden die Transferaufwendungen weiter ansteigen (+ 300 T€).
- **Prävention, Förder-, Unterstützungs- u. erzieherische Beratungsleistungen (3151):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um 369,2 T€. Die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen erhöhen sich um 84 T€. Dieser höhere Ertrag resultiert aus einer Rückzahlung von nicht ver-

brauchten Zuwendungen im Rahmen der Schulsozialarbeit. Die Transferaufwendungen reduzieren sich um 178,1 T€ aufgrund von geringeren Fallzahlen als ursprünglich angenommen. Es entstehen Einsparungen bei den Personalaufwendungen in Höhe von 107,1 T€ aufgrund von zeitweisen Vakanzen sowie der Umsetzung einer Beschäftigten.

- **Hilfe zur Erziehung (3170):** Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um rd. 40,4 T€. Auf der Ertragsseite wird bei den Kostenersatzleistungen und -erstattungen mit Ertragseinbußen i. H. v. 8.450,2 T€ gerechnet. Der geplante Ansatz wird unterschritten, da bei der Planung des Haushaltes 2017 mit höheren Fallzahlen bei den unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländern gerechnet wurde. Aufgrund dieser Entwicklung fallen die Kostenerstattungen durch die überörtlichen Träger (Land Hessen) geringer aus als geplant. Auch bei den Transfererträgen fällt die Prognose um 1.845 T€ niedriger aus als geplant. Zum einen bestehen derzeit Bearbeitungsrückstände in der wirtschaftlichen Jugendhilfe und zum anderen wurde die stationäre (kostenintensive) Unterbringung reduziert. Auf der Aufwandsseite wird bei den Transferaufwendungen zwar mit Einsparungen i. H. v. 10.035,7 T€ kalkuliert. Dies reicht jedoch nicht aus, um die o. g. Ertragsverluste vollständig zu kompensieren. Der geplante Ansatz wird unterschritten, da bei der Planung des Haushaltes 2017 mit höheren Fallzahlen bei den unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländern gerechnet wurde. Bei den Personalaufwendungen sind Einsparungen in Höhe von 219,1 T€ zu verzeichnen. Diese sind auf zeitweise Vakanzen sowie der Umsetzung einer Beschäftigten zurückzuführen.
- **Hilfe für junge Volljährige (3190):** Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um 133,6 T€. Bei den Transferaufwendungen wird mit Mehraufwendungen i. H. v. 985 T€ gerechnet. Der geplante Ansatz wird überschritten, da bei der Planung des Haushaltes 2017 keine Informationen zum Alter der umAs vorlagen. Viele umAs sind inzwischen volljährig geworden, sodass die Aufwendungen höher als geplant sind. Die Personalaufwendungen reduzieren sich um 50,5 T€ aufgrund von zeitweisen Vakanzen sowie der Umsetzung einer Beschäftigten. Analog zu den Transferaufwendungen erhöhen sich auch die Erträge aus Kostenersatzleistungen und -erstattungen um 985 T€, da bei der Planung des Haushaltes 2017 mit niedrigeren Fallzahlen bei den unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländern gerechnet wurde, da Informationen zum Alter der umAs zum Planungszeitpunkt noch nicht vorlagen. Aufgrund dieser Entwicklung fallen die Kostenerstattungen durch die überörtlichen Träger (Land Hessen) höher aus als geplant. Die Erträge aus Transferleistungen reduzieren sich um 180 T€. Die Kostenbeitragspflicht ist immer von der Leistungsfähigkeit des Pflichtigen abhängig. Der Ansatz im Haushalt 2017 wurde auf Grundlage des Vorjahresergebnisses geschätzt und muss bei einer linearen Hochrechnung auf Basis des Ergebnisses zum 31.08.2017 reduziert werden. Ebenso verzögert sich die Abrechnung mit anderen Jugendämtern häufig über Rechnungsperioden.
- **Eingliederungshilfe (3200):** Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um 385,7 T€. Diese Entwicklung ist sowohl auf Mindererträge als auch auf Mehraufwendungen zurückzuführen. Auf der Ertragsseite reduzieren sich die Kostenersatzleistungen und -erstattungen um

200 T€. Diese Abweichungen sind auf Bearbeitungsrückstände und nachträgliche Abrechnungen zurückzuführen. Außerdem verringern sich die Transfererträge um 125 T€. Die Kostenbeitragspflicht ist immer von der Leistungsfähigkeit des Pflichtigen abhängig. Der Ansatz im Haushalt 2017 wurde auf Grundlage des Vorjahresergebnisses geschätzt und muss bei einer linearen Hochrechnung auf Basis des Ergebnisses zum 31.08.2017 verringert werden. Auf der Aufwandsseite erhöhen sich die Transferaufwendungen leicht um 40 T€. Es entsteht ein Mehrbedarf bei den ambulanten Eingliederungshilfen aufgrund der leicht höheren Fallzahlen als bei der Planung des Haushaltes berücksichtigt. Die Personalaufwendungen erhöhen sich leicht um 24 T€ aufgrund der Umsetzung einer Beschäftigten sowie einer Arbeitszeiterhöhung.

- **Andere Aufgaben der Jugendhilfe (3210):** Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um rd. 110,8 T€. Der Ansatz bei den Transferaufwendungen wird voraussichtlich 10 T€ überschritten, da die Fallzahlen für die Inobhutnahmen für unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer leicht angestiegen sind. Es wird davon ausgegangen, dass der Transferaufwand für die umA zu 100 % vom überörtlichen Träger erstattet wird. Auf der Ertragsseite reduzieren sich die Erträge aus Transferleistungen um 20 T€. Diese Abweichung ist auf Bearbeitungsrückstände im Bereich der wirtschaftlichen Jugendhilfe zurückzuführen.

Teilhaushalt 04 – Gesundheit und Sport

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2017	Prognose zum 31.12.2017	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 31.08.2017	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	-902.200 €	-1.093.325 €	191.125 €	21,2%	-718.691 €	80%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	3.626.839 €	3.421.139 €	205.700 €	-5,7%	2.027.195 €	56%
Verwaltungsergebnis	2.724.639 €	2.327.814 €	396.825 €	-14,6%	1.308.504 €	48%
Finanzergebnis	0 €	0 €	0 €		-2.870 €	
Ordentliches Ergebnis	2.724.639 €	2.327.814 €	396.825 €	-14,6%	1.305.634 €	48%
Außerordentliches Ergebnis		49 €	0 €		-747 €	
Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen	2.724.639 €	2.327.863 €	396.825 €	-14,6%	1.304.887 €	48%

Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um 396,8 T€ gegenüber den Haushaltsansätzen und um 130,8 T€ gegenüber der Prognose im 1. Bericht. Diese Veränderung gegenüber dem Ansatz ist überwiegend auf Einsparungen bei den Personalaufwendungen zurückzuführen (- 237 T€). Auf eine Erhöhung der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte um 46 T€.

Beim Produkt **Gesundheitshilfen und Prävention (4011)** wird eine Ergebnisverbesserung i. H. von 317,1 T€ im ordentlichen Ergebnis erwartet. Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte erhöhen sich leicht um 8 T€. Bei den Personalaufwendungen zeichnet sich mit -200 T€ die größte Einsparung ab. Entstanden sind diese aufgrund von zeitweisen Vakanzen sowie Änderungen in der Produktzuordnung.

Beim Produkt **Gesundheitsschutz (4020)** wird mit einer Ergebnisverbesserung i. H. von 79,7 T€ im ordentlichen Ergebnis kalkuliert. Die Erträge aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten erhöhen sich um 24 T€. Diese Mehrerträge sind durch eine erhöhte Anzahl von Begehungen entstanden. Bei den Personalaufwendungen sind auch hier Einsparungen in Höhe von 37 T€ zu verzeichnen. Diese werden durch zeitweise Vakanzen sowie Änderungen in der Produktzuordnung verursacht. Der Aufwand für Sach- und Dienstleistungen erhöht sich um 31,3 T€ auf 68,4 T€ aufgrund von vermehrten Umgebungsuntersuchungen bei Tuberkuloseverdacht.

Für das Produkt **Sportförderung** werden keine wesentlichen Änderungen gegenüber den Haushaltsansätzen erwartet.

Teilhaushalt 05 – Gestaltung der Umwelt

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2017	Prognose zum 31.12.2017	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 31.08.2017	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	-5.830.681 €	-6.995.112 €	1.164.431 €	20,0%	-4.807.642 €	82,5%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	15.886.297 €	15.249.011 €	637.286 €	-4,0%	8.910.163 €	56,1%
Verwaltungsergebnis	10.055.616 €	8.253.899 €	1.801.717 €	-17,9%	4.102.521 €	40,8%
Finanzergebnis	0 €	0 €	0 €		0 €	
Ordentliches Ergebnis	10.055.616 €	8.253.899 €	1.801.717 €	-17,9%	4.102.521 €	40,8%
Außerordentliches Ergebnis		-177.017 €	177.017 €		-177.017 €	
Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen	10.055.616 €	8.076.882 €	1.978.734 €	-17,9%	3.925.504 €	39,0%

Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 1.978,7 T€ gegenüber den Planansätzen und um 1.396,8 T€ gegenüber dem 1. Bericht. Die ordentlichen Erträge erhöhen sich voraussichtlich um rd. 1.164 T€, die ordentlichen Aufwendungen reduzieren sich um rd. 637,3T€.

Auf der Ertragsseite erhöhen sich die Öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte um rd. 1.125,7 T€. Diese Verbesserung ist mit einem Plus von 1.150 T€ fast ausschließlich auf das Produkt **Bauaufsicht, Baugenehmigung und Wohnbauförderung (5051)** zurückzuführen. Dies resultiert aus der Genehmigung großer Bauvorhaben. Ferner entstehen Mindererträge beim Produkt **Immissionsschutz und Schornsteinfegerwesen (5080)** i. H. v. 17 T€. Diese sind mit einem Rückgang der Zweitbescheide zu begründen. Mehreinnahmen in Höhe von 20 T€ entstanden im Produkt **Wirtschaftförderung und Tourismus (5170)** durch höhere Erstattungen von Personalkosten für die Geschäftsführung-Geopark.

Die Personalaufwendungen verringern sich um 316 T€. Diese sind durch diverse Vakanzen, das Ausscheiden einer Beschäftigten im Produkt **Dorf- und Regionalentwicklung (5020)** sowie eines Beamten im Produkt **Landwirtschaft, Landschaftspflege und Forsten (5130)** entstanden. Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ergibt sich mit rd. 316,8 T€ eine weitere Einsparung. Diese Verbesserung ist mit rd. 211,8 T€ überwiegend auf das Produkt **Öffentlicher Personennahverkehr (5100)** zurückzuführen. Hier wurde der Ansatz anteilig aufgrund des Haushaltstandes zum 31.08.2017 reduziert. Weitere 100 T€ werden im Produkt **Bauaufsicht, Baugenehmigung und Wohnbauförderung (5051)** eingespart, da die Mittel für die Digitalisierung der Akten dieses Jahr noch nicht abgerufen werden.

Teilhaushalt 06 – Zentrale Finanzleistungen

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2017	Prognose zum 31.12.2017	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 31.08.2017	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	-181.101.200 €	-181.030.780 €	-70.420 €	0,0%	-122.307.310 €	67,5%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	51.500.000 €	51.505.950 €	-5.950 €	0,0%	34.339.283 €	66,7%
Verwaltungsergebnis	-129.601.200 €	-129.524.830 €	-76.370 €	-0,1%	-87.968.026 €	67,9%
Finanzergebnis	5.184.455 €	4.472.261 €	712.194 €	-13,7%	726.033 €	-8,7%
Ordentliches Ergebnis	-124.416.745 €	-125.052.569 €	635.824 €	0,5%	-87.241.993 €	59,1%
Außerordentliches Ergebnis	0 €	-12.184 €	12.184 €		-12.184 €	0,0%
Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen	-124.416.745 €	-125.064.753 €	648.008 €	0,5%	-87.254.177 €	59,1%

Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 648 T€ gegenüber der Veranschlagung und um rd. 522 T€ gegenüber dem 1. Bericht. Im Verwaltungsergebnis hat sich gegenüber der Prognose im 1. Finanzbericht eine Reduzierung ergeben, d.h. die Verbesserung im Ordentlichen Ergebnis ist ausschließlich auf das Finanzergebnis zurückzuführen.

Die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen reduzieren sich im Produkt **Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft (6020)** um 70,4 T€. Die im Rahmen des Kommunalinvestitionsprogramms gewährten Schuldendiensthilfen des Landes reduzieren sich um rd. 70,4 T€, da die Förderdarlehen später als geplant aufgenommen werden und aufgrund der günstigen Verzinsung geringere Zinsaufwendungen entstehen. Bei den *Bankzinsen aus Derivatgeschäften* sind wegen der niedrigen Geldmarktzinsen Mindererträge von rd. 360 T€ zu erwarten. Die *Zinsaufwendungen für Investitionskredite* werden sich um rd. 1.071,4 T€ verringern. Aufgrund des günstigen Zinsniveaus sowie der späteren Aufnahme von Investitionskrediten werden sich die Bankzinsen voraussichtlich um rd. 201,0 T€ und die Zinsen im Rahmen des Kommunalinvestitionsprogramms um rd. 70,4 T€ (s. a. Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen) verringern. Bei den Zinsen für Kassenkredite werden wegen der niedrigen Geldmarktzinsen und der geringeren Inanspruchnahme der Kreditlinien Einsparungen von rd. 800,0 T€ erwartet.

Gesamtfinanzhaushalt

Nr.	Beschreibung	Haushalt Ansatz 2017	Prognose zum 31.12.2017	Veränderung
1	Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit	11.772.071 €	24.255.173 €	12.483.102 €
2	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	10.576.300 €	10.576.300 €	0 €
3	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenstände d. Sachanlagevermögens u. immat. AV	0 €	0 €	0 €
4	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und immat. AV	-12.940.200 €	-12.940.200 €	0 €
5	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	41.836 €	41.836 €	0 €
6	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-150.000 €	-150.000 €	0 €
7	Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit	-2.472.064 €	-2.472.064 €	0 €
8	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und der Begebung von Anleihen	210.767.064 €	210.767.064 €	0 €
9	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten und Anleihen	-216.451.600 €	-228.851.600 €	-12.400.000 €
10	Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	-5.684.536 €	-18.084.536 €	-12.400.000 €
11	Zahlungsmittelüberschuss/-fehlbedarf des Haushaltsjahres (Pos. 1, 7 und 10)	3.615.471 €	3.698.573 €	83.102 €

Seit 2010 wird im Rahmen der Finanz- und Controllingberichte über die aufgenommenen Investitions- und Kassenkredite sowie über die abgeschlossenen Derivativen Finanzierungsinstrumente berichtet. Im Rahmen des Kreditportfoliomanagements wurde in der Zeit vom 01.05. – 31.08.2017 folgendes Geschäft abgeschlossen:

- Aufnahme des Investitionskredites 490 in Höhe von 1,089 Mio. € mit einem Zinssatz von 0,05 % für die Gesamtlaufzeit von 10 Jahren

Zu Nr. 9: Die Tilgung von Krediten setzt sich zusammen aus

- 222.400.000 € Tilgung für Kassenkredite und
- 4.972.800 € Tilgung für Investitionskredite

Beim Produkt **Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft (6020)** verringern sich die Auszahlungen für die Tilgung von Investitionskrediten (Kreditmarkt) um rd. 1.382,5 T€ und für die Tilgung von Krediten aus dem Kommunalinvestitionsprogramm I um rd. 96,3 T€, da die geplanten Kredite später als erwartet aufgenommen werden und ein bestehendes Gläubigerwandlungsrecht (mit Sonderkündigungsrecht für den Kreis) von dem Kreditinstitut in diesem Jahr nicht ausgeübt wurde, so dass die hierfür geplante Tilgungsleistung nicht zu erbringen war. Die Tilgung bei Produkt 2085 bleibt unverändert.

Im Jahr 2017 wurden ebenso wie bereits im Jahr 2016 keine Kreisdarlehen mehr durch den Kommunalen Schutzschirm abgelöst. Die letzte Ablösung erfolgte am 30.12.2015.

Davon ausgehend dass das Land Hessen seinen finanziellen Verpflichtungen durch die Kostenerstattung im Bereich der unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländer gegenüber der Kreisverwaltung vollumfänglich und zeitnah nachkommt (ca. 12,4 Mio. €) verringert sich der **Kassenkreditbestand** zum Jahresende voraussichtlich von 213,15 Mio. € (Stand zum 31.12.2016) um rd. 17,8 Mio. € auf 195,35 Mio. €. Zum 31.08.2017 betrug der Stand der Kassenkredite 207.250.000 €.

Kommunaler Schutzschirm

Die voraussichtlichen Abweichungen vom Konsolidierungspfad (Anlage 1 zum Konsolidierungsvertrag mit dem Land Hessen) wirken sich auf Produktbereichsebene im Haushaltsvollzug des Jahres Haushaltsjahres 2017 voraussichtlich wie folgt auf das Ordentliche Ergebnis aus:

Produktbereich	Vorgabe Schutzschirm: HH 2017 Ergebnis je Einwohner	Vorgabe Schutzschirm: HH 2017 Ergebnis absolut (T€)	Prognose Ergebnis absolut in T€	Prognose Ergebnis je Einwohner	Differenz absolut in T€	Differenz je Einwohner
01 Innere Verwaltung	-44,16 €	-11.597,4 €	-15.668,7 €	-59,66 €	-4.071,3 €	-15,50 €
02 Sicherheit und Ordnung	-10,67 €	-2.802,6 €	-3.429,5 €	-13,06 €	-626,9 €	-2,39 €
03 Schulträgeraufgaben	18,05 €	4.739,5 €	837,9 €	3,19 €	-3.901,6 €	-14,86 €
04 Kultur und Wissenschaft	-1,54 €	-404,1 €	-439,7 €	-1,67 €	-35,6 €	-0,13 €
05 Soziale Leistungen	-175,77 €	-46.166,2 €	-51.252,4 €	-195,14 €	-5.086,2 €	-19,37 €
06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	-125,15 €	-32.871,4 €	-28.455,0 €	-108,34 €	4.416,4 €	16,81 €
07 Gesundheitsdienst	-8,47 €	-2.224,6 €	-2.275,1 €	-8,66 €	-50,5 €	-0,19 €
08 Sportförderung	-0,67 €	-175,7 €	-182,4 €	-0,69 €	-6,8 €	-0,02 €
09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation	-2,54 €	-666,1 €	-1.054,0 €	-4,01 €	-387,9 €	-1,47 €
10 Bauen und Wohnen	-1,54 €	-405,6 €	-201,5 €	-0,77 €	204,0 €	0,77 €
12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	-13,98 €	-3.670,8 €	-5.954,6 €	-22,67 €	-2.283,8 €	-8,69 €
13 Natur- und Landschaftspflege	-2,86 €	-752,0 €	-508,4 €	-1,94 €	243,5 €	0,92 €
14 Umweltschutz	-1,14 €	-299,0 €	-638,4 €	-2,43 €	-339,4 €	-1,29 €
15 Wirtschaft und Tourismus	-3,40 €	-893,0 €	-1.116,2 €	-4,25 €	-223,2 €	-0,85 €
16 Allgemeine Finanzwirtschaft	325,57 €	85.510,3 €	124.549,2 €	474,20 €	39.038,9 €	148,63 €
Summe ordentliches Ergebnis	-48,27 €	-12.678,5 €	14.211,3 €	54,11 €	26.889,8 €	102,37 €

Controllingbericht II/2017

Zu 26 der 69 Produkte im Haushaltsplan 2017 wurden 43 Ziele mit 49 Kennzahlen (i.d.R. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung) definiert. Im Nachfolgenden sind diese Produkte, Ziele und Kennzahlen mit ihren derzeitigen und prognostizierten Zielerreichungsgraden wie folgt dargestellt:

Ist = Wert zum Abfragezeitpunkt 31. August 2017

Prognose = gemäß Einschätzung der Produktverantwortlichen zum 31.12.2017 voraussichtlich erreichter Zielerreichungsgrad

Monitor = Einschätzung des Abweichungsgrades sowie des Steuerungsbedarfs:

- Monitor "weiß": Verbesserung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich erreicht oder übererfüllt; Steuerungsmaßnahmen sind nicht erforderlich (bei 34 Kennzahlen = 69 %)

- Monitor "grau": Verschlechterung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich nicht erreicht; Steuerungsmaßnahmen sind jedoch nicht möglich oder bereits durch die Produktverantwortlichen ergriffen (bei 14 Kennzahlen = 29 %)

- Monitor "schwarz": Verschlechterung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich nicht erreicht; Steuerungsmaßnahmen sind jedoch noch möglich, ggfs. auch durch die Kreisgremien (bei 1 Kennzahl = 2 %).

Zum Zweck der Vergleichbarkeit und Orientierung enthält der Controllingbericht neben den Daten aus dem 1. diesjährigen Controllingbericht jeweils die Daten aus den Jahresabschlüssen 2009 - 2016 incl. jeweiliger Abweichung Plan/Ist (in Kursivdruck), soweit die Ziele bzw. Kennzahlen im jeweiligen Haushaltsjahr bereits bestanden. Sofern Kennzahlen in %-Werten (Verhältniskennzahlen) angegeben sind, erfolgt zudem eine gesonderte Darstellung der absoluten Zahlen (Zähler / Nenner), beschränkt jedoch auf die Daten des aktuellen Controllingberichts.

Produkt:	HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
----------	-----	------	-----	-------------	---

1030 Bürgerservice und Ehrenerweise

1 Die Kunden im Bürgerbüro sind mit den Öffnungszeiten, dem Leistungsangebot und dem Service insgesamt zufrieden und erteilen im Durchschnitt die Note "gut" (schriftliche Umfrage, Fragebogen)

a Notendurchschnitt der Fragebögen (gut = 2) in Bezug auf die Zufriedenheit mit den Öffnungszeiten

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Durchschnittswert aus 136 Befragungen.

II/2017	2	1,33	2	
I/2017	2	1,35	2	
JA 2016	2	1,23	-39 %	
JA 2015	2	1,18	-41 %	
JA 2014	2	1,21	-40 %	
JA 2013	2	1,24	-38 %	
JA 2012	2	1,27	-37 %	
JA 2011	2	1,33	-34 %	

Produkt:

- b Notendurchschnitt der Fragebögen (gut = 2) in Bezug auf die Zufriedenheit mit den Leistungsangeboten im Bürgerbüro
 Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Sh. Erläuterungen zu Kennzahl 1a

HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
II/2017	2	1,27	2	
I/2017	2	1,28	2	
JA 2016	2	1,20	-40 %	
JA 2015	2	1,15	-43 %	
JA 2014	2	1,20	-40 %	
JA 2013	2	1,24	-38 %	
JA 2012	2	1,26	-37 %	
JA 2011	2	1,27	-37 %	

- c Notendurchschnitt der Fragebögen (gut = 2) in Bezug auf die Zufriedenheit mit dem Service insgesamt
 Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Sh. Erläuterungen zu Kennzahl 1a

II/2017	2	1,17	2	
I/2017	2	1,15	2	
JA 2016	2	1,17	-42 %	
JA 2015	2	1,13	-44 %	
JA 2014	2	1,21	-40 %	
JA 2013	2	1,21	-40 %	
JA 2012	2	1,18	-41 %	
JA 2011	2	1,18	-41 %	

1051 Personalmanagement und -entwicklung

1 Deckelung der Personalaufwendungen

Festschreibung der Höhe der Personalaufwendungen (in Mio. €)

Gründe der Abweichung: Bei den Personalaufwendungen wird zum Stand 31.08.2017 gegenüber der Veranschlagung 2017 insgesamt ein Minderbedarf i. H. v. rd. -1.919,0 T€ prognostiziert. Dieser prognostizierte Minderbedarf gegenüber dem Haushaltsansatz setzt sich wie folgt zusammen: Einsparungen in Höhe von rd. -3,0 T€ resultieren aus einer Verringerung der Beiträge zur Unfallversicherung. Im Bereich des Produktes "Fleischhygiene" sind, bedingt durch eine rückläufige Zahl der Schlachtungen, Minderaufwendungen in Höhe von rd. -134,0 T€ zu verzeichnen. Ferner hatten Erkrankungen ohne Lohnfortzahlungen bis zum Stichtag 31.08.2017 gegenüber der Veranschlagung zum Haushalt 2017 Minderausgaben in Höhe von rd. -383,0 T€ zur Folge. Dem stehen Mehraufwendungen im Bereich der Auszubildenden in Höhe von rd. 35,0 T€ und bei den Beihilfeleistungen in Höhe von rd. 128,0 T€ entgegen. Einsparungen in Höhe von rd. -1.562,0 T€ gegenüber der Veranschlagung können - nach dem derzeitigen Stand – bis zum Jahresende insbesondere aufgrund Personalbewirtschaftungsmaßnahmen prognostiziert werden. Diese Personalbewirtschaftungsmaßnahmen beinhalten insbesondere: verzögerte Wiederbesetzung vakanter Stellen (Stellenanteile) sowie interne Besetzung von Stellen (hierdurch Reduzierung von Personalkosten).

II/2017	41,6349	24,1955	39,7159	
I/2017	41,6349	11,9243	40,3219	
JA 2016	36,6367	35,8355	-2,2 %	
JA 2015	33,3757	32,8918	-1,5 %	
JA 2014	36,0511	34,7378	-3,6 %	
JA 2013	33,9179	32,9709	-3 %	
JA 2012	32,4707	32,3247	-0,5 %	
JA 2011	31,4555	32,5287	3 %	
JA 2010	31,143	32,5655	5 %	
JA 2009	30,6	30,9	1 %	

2

Personalaufwandsquote = Personalaufwendungen x 100 / Summe der ordentlichen Aufwendungen

Kennzahl (absolut): Personalaufwendungen in Mio. € / Summe der ordentlichen Aufwendungen in Mio. €

Gründe der Abweichung: Sh. Erläuterungen zu Kennzahl 1

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine unterjährige Betrachtung dieser Kennzahl ist nicht sinnvoll, da es sich um jahresbezogene Aufwendungen handelt.

Erläuterung Kennzahl allgemein: Die Kennzahl "Personalaufwandsquote" (Personalintensität) zeigt auf, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.

II/2017	9,90 %	sh. Erl.	9,86 %	
I/2017	9,90 %	sh. Erl.	9,58 %	
JA 2016	8,72 %	9,50 %	8 %	
JA 2015	9,96 %	9,65 %	-3 %	
JA 2014	10,76 %	10,70 %	-0,6 %	
JA 2013	10,45 %	10,60 %	1 %	
JA 2012	10,09 %	10,21 %	1 %	
JA 2011	9,93 %	10,47 %	5 %	
JA 2010	10,02 %	10,77 %	7 %	
JA 2009	10,17 %	10,48 %	3 %	
II/2017	41,6349 / 420,3910	sh. Erl.	39,7159 / 402,6937	

1121 Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern

1 Mind. 50 % Frauen in Leitung (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in der Kreisverwaltung

Anteil Frauen in Leitung (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in der Kreisverwaltung

Gründe der Abweichung: Es kommt immer auf die tatsächlich besetzten Stellen zum Stichtag an.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Bei Unterrepräsentanz werden in den Stellenausschreibungen besonders Frauen aufgefordert, sich zu bewerben.

II/2017	min. 50 %	55 %	55 %	
I/2017	min. 50 %	56 %	59 %	
JA 2016	min. 50 %	54 %	8 %	
JA 2015	min. 50 %	57 %	14 %	
JA 2014	min. 50 %	58 %	16 %	
II/2017	21 / 41	22 / 40	22 / 40	

2 5 Führungspositionen (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in Teilzeit in der Kreisverwaltung

Anzahl der Führungspositionen (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in Teilzeit in der Kreisverwaltung

Gründe der Abweichung: Führungskräfte, die ihre Arbeitszeit reduziert haben.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: In den Stellenausschreibungen wird darauf hingewiesen, dass die Stelle grundsätzlich teilbar ist.

II/2017	5	8	8	
I/2017	5	8	8	
JA 2016	6	7	17 %	
JA 2015	8	5	-38 %	
JA 2014	8	4	-50 %	

3 2 Führungspositionen (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in Jobsharing in der Kreisverwaltung

Anzahl der Führungspositionen (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in Jobsharing in der Kreisverwaltung

Gründe der Abweichung: Es wurde keine weitere Führungsposition in Jobsharing besetzt.

II/2017	2	1	1	
I/2017	2	1	1	
JA 2016	2	1	-50 %	
JA 2015	2	1	-50 %	
JA 2014	2	1	-50 %	

Produkt:

HHJ Plan Ist Prog./ Abw. M

1261 Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen**1 Reduzierung der Warte- und Bearbeitungszeiten**

Durchschnittliche Bearbeitungszeit im Teilbereich "Zulassungen" (in Minuten)
 (gemessen ab dem ersten Kontakt bei Eintritt = Empfang Wartemarke bis zum letzten Bearbeitungsschritt = Zahlung an der Kasse)

Gründe der Abweichung: Erheblich mehr Kunden als im Vergleichszeitraum 2016 abgewickelt.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Es werden alle Möglichkeiten genutzt, das Ziel für das Kalenderjahr einzuhalten.

II/2017	max. 30	33	30	
I/2017	max. 30	28	30	
JA 2016	max. 30	41	37 %	
JA 2015	max. 30	47	57 %	
JA 2014	max. 30	37	23 %	
JA 2013	max. 30	33	10 %	
JA 2012	max. 30	23	-23 %	
JA 2011	max. 30	35	17 %	
JA 2010	max. 30	32	7 %	

1300 Fleischhygiene**1 Vollständige Schlachtier- und Fleischuntersuchung**

Anzahl der untersuchten Tiere / Anzahl der geschlachteten Tiere gesamt

II/2017	100 %	100 %	100 %	
I/2017	100 %	100 %	100 %	
JA 2016	100 %	100 %	0 %	
JA 2015	100 %	100 %	0 %	
JA 2014	100 %	100 %	0 %	
JA 2013	100 %	100 %	0 %	
JA 2012	100 %	100 %	0 %	
JA 2011	100 %	100 %	0 %	
JA 2010	100 %	100 %	0 %	
JA 2009	100 %	100 %	0 %	
II/2017	235.000 / 235.000	156.667 / 156.667	235.000 / 235.000	

Produkt:**2 Vollständiger Verbraucherschutz**

Anzahl der zum Verzehr freigegebenen Tiere / Anzahl der untersuchten Tiere gesamt

	HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
II/2017	99 %		99 %	99 %	
I/2017	99 %		99,9 %	99 %	
JA 2016	95 %		99,9 %	5 %	
JA 2015	95 %		99,9 %	5 %	
JA 2014	95 %		99,9 %	5 %	
JA 2013	95 %		99,9 %	5 %	
JA 2012	96 %		99 %	3 %	
JA 2011	95 %		97 %	2 %	
JA 2010	95 %		95 %	0 %	
II/2017	232.650 / 235.000		155.100 / 156.667	232.650 / 235.000	

1311 Allgemeines Veterinärwesen**1 Tierschutz durch Überwachung gewerblicher und privater Tierhaltungen**

Anzahl der überprüften Tierhaltungen

Gründe der Abweichung: Reduzierte Fallzahlen aufgrund Personalmangels.

II/2017	500	233	350	
I/2017	500	145	500	
JA 2016	500	388	-22 %	
JA 2015	700	406	-42 %	
JA 2014	890	331	-63 %	
JA 2013	890	373	-58 %	
JA 2012	935	564	-40 %	
JA 2011	1.000	638	-36 %	

2 Schutz des Verbrauchers durch Überprüfung von Lebensmittelbetrieben

Anzahl der vorgefundenen Verstöße / Anzahl der durchgeführten Kontrollen im Bereich der amtlichen Lebensmittelüberwachung

Gründe der Abweichung: Reduzierte Fallzahlen aufgrund Personalmangels, incl. Langzeiterkrankung.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Im Stellenplan werden die Voraussetzungen für die unbefristete Besetzung einer Stelle geschaffen.

II/2017	50 %	17 %	25 %		
I/2017	50 %	53 %	50 %		
JA 2016	50 %	50 %	0 %		
JA 2015	50 %	50 %	0 %		
II/2017	900 / 1.800		300 / 1.800	450 / 1.800	

Produkt:

HHJ Plan Ist Prog./ Abw. M

3 Schutz des Verbrauchers vor Gesundheitsschädigung, Täuschung und IrreführungAnzahl der eingegangenen Verbraucherbeschwerden im Bereich amtliche Lebensmittelüberwachung
gesamt

II/2017	76	50	76	
I/2017	76	7	76	
JA 2016	76	48	-37 %	
JA 2015	76	65	-14 %	

4 Vorbeugende Tierseuchenbekämpfung, Überprüfung der Einhaltung der tierseuchenrechtlichen Bestimmungen (national und EU-Recht)

Anzahl der überprüften Betriebe im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung

Gründe der Abweichung: Siehe Erläuterungen zu Kennzahl 1

II/2017	250	117	175	
I/2017	250	129	250	
JA 2016	250	306	22 %	
JA 2015	320	334	4 %	
JA 2014	320	298	-7 %	
JA 2013	320	349	9 %	
JA 2012	315	81	-74 %	
JA 2011	320	293	-8 %	

5 Überprüfung der Einhaltung von Cross-Compliance-Verpflichtungen von Betriebsinhabern

Durchführung aller vorgegebenen Kontrollen, die von der Aufsichtsbehörde gefordert sind

II/2017	100 %	100 %	100 %	
I/2017	100 %	6 %	100 %	
JA 2016	100 %	100 %	0 %	
JA 2015	100 %	100 %	0 %	
JA 2014	100 %	100 %	0 %	
JA 2013	100 %	100 %	0 %	
JA 2012	100 %	100 %	0 %	
II/2017	50 / 50	33 / 33	50 / 50	

1331 Aufenthalts-, Personenstandsrecht und Ausländerbeauftragte**1 Integration der Migrationsbevölkerung im Kreis Bergstraße: Steigerung der Anzahl der durchgeführten Integrationskurse**

Durchgeführte Integrationskurse

II/2017	46	58	73	
I/2017	46	7	46	

1361 Brand- und Katastrophenschutz

1 Brandschutz: Durchführung der Gefahrenverhütungsschauen innerhalb der gesetzlich definierten Frist

Durchgeführte Gefahrenverhütungsschauen innerhalb der gesetzlich definierten Frist / durchzuführende Gefahrenverhütungsschauen

Gründe der Abweichung: Erhöhte termingebundene Anzahl von baurechtlichen Stellungnahmen.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Erreichen der Zielvorgaben durch Abarbeiten der vorgegebenen Objektlisten.

II/2017	100 %	48 %	75 %	
I/2017	100 %	20 %	60 %	
JA 2016	100 %	53 %	-47 %	
JA 2015	100 %	46 %	-54 %	
JA 2014	100 %	86 %	-14 %	
JA 2013	100 %	87 %	-13 %	
JA 2012	100 %	92 %	-8 %	
JA 2011	69 %	61 %	-12 %	
JA 2010	69 %	53 %	-23 %	
JA 2009	100 %	59 %	-41 %	
II/2017	200 / 200	95 / 200	150 / 200	

2 Brandschutz: Durchführung mindestens einer Fortbildungsveranstaltung für Feuerwehrführungskräfte nach Dienstgraderlass

Aus- / Fortbildungsstunden je Feuerwehrführungskraft

II/2017	min. 6	8	8	
I/2017	min. 6	8	8	
JA 2016	min. 6	8	33 %	
JA 2015	min. 6	8	0 %	
JA 2014	min. 6	8	33 %	
JA 2013	min. 6	8	33 %	
JA 2012	min. 6	8	33 %	
JA 2011	min. 6	8	33 %	
JA 2010	min. 6	8	33 %	
JA 2009	min. 6	7	17 %	

Produkt:**3 Katastrophenschutz: Erhöhung der Anzahl der Stabsmitglieder**

Anzahl der Stabsmitglieder am 31.12.

HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
II/2017	80	83	83	
I/2017	80	84	84	
JA 2016	100	70	-30 %	
JA 2015	100	70	-30%	
JA 2014	100	89	-11 %	
JA 2013	100	92	-8 %	
JA 2012	100	94	-6 %	
JA 2011	100	95	-5 %	
JA 2010	95	91	-4 %	
JA 2009	92	86	-7 %	

4 Katastrophenschutz: Weiterführung der Ausbildung der Stabsmitglieder

Thematische Ausbildungsveranstaltungen für die Stabsmitglieder

II/2017	min. 4	3	4	
I/2017	min. 4	2	4	
JA 2016	min. 4	3	-25 %	
JA 2015	min. 4	2	-50 %	
JA 2014	min. 4	5	25 %	
JA 2013	min. 4	5	25 %	
JA 2012	min. 4	5	25 %	
JA 2011	min. 4	6	50 %	
JA 2009	-	6	-	

1362 Rettungsdienst

1 Sicherstellung einer bedarfsgerechten und wirtschaftlichen rettungsdienstlichen Versorgung im Kreis Bergstraße nach dem Hessischen Rettungsdienstgesetz

Jedes an einer Straße stattfindende Notfallereignis soll in der Regel innerhalb von zehn Minuten erreicht werden (Hilfsfrist)

Gründe der Abweichung: Infektionswelle, Fahrzeugausfälle durch Desinfektionsmaßnahmen. Auswirkungen u.a. von Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen, Straßensperrungen.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Auf die o.g. Gründe für die Verzögerungen kann der Rettungsdienst nicht steuernd eingreifen.

II/2017	90 %	86,7 %	90 %	
I/2017	90 %	86,7 %	90 %	

2080 Schülerbeförderung

1 Hohe Zufriedenheit in der Schülerbeförderung in Bezug auf Auslastung / Sitzplätze

Anzahl der Beschwerden je 1.000 Schülerzeitkarten

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Stand Schülerzeitkarten: Juli 2017. Neu: Schülerjahreskarte Hessen - auch Zahlen aus freiem Verkauf.

II/2017	max. 2	0,44	0,67	
I/2017	max. 2	0,16	0,47	
JA 2016	max. 2	1,77	-12 %	
JA 2015	max. 2	1,12	-44 %	
JA 2014	max. 2	0,32	-84 %	
JA 2013	max. 2	0,44	-78 %	
JA 2012	max. 2	0,42	-79 %	
JA 2011	max. 2	0,52	-74 %	
JA 2010	ohne	2	-	
II/2017	max. 13 / 6.318	4 / 8.943	6 / 8.943	

Produkt:**2 Hohe Zufriedenheit in der Schülerbeförderung in Bezug auf Wartezeit / Verspätung**

Anzahl der Beschwerden je 1.000 Schülerzeitkarten

Gründe der Abweichung: Das Straßennetz im Kreis Bergstraße ist auch in 2017 wieder massiv von Baumaßnahmen betroffen. Aufgrund zum Teil großräumiger Umleitungen entstehen neue Verkehrsbeziehungen. Die zusätzliche Verkehrsbelastung auf diesen Streckenabschnitten führt dann zu nicht vermeidbaren Verspätungen.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Stand Schülerzeitkarten: Juli 2017. Neu: Schülerjahreskarte Hessen - auch Zahlen aus freiem Verkauf.

HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
II/2017	max. 2	3,80	5,70	
I/2017	max. 2	2,53	7,60	
JA 2016	max. 2	6,43	222 %	
JA 2015	max. 2	5,12	-156 %	
JA 2014	max. 2	1,59	-21 %	
JA 2013	max. 2	2,66	33 %	
JA 2012	max. 2	2,23	12 %	
JA 2011	max. 2	3,90	95 %	
JA 2010	ohne	2	-	
II/2017	max. 13 / 6.318	34 / 8.943	51 / 8.943	

3 Hohe Zufriedenheit in der Schülerbeförderung in Bezug auf die Busqualität

Anzahl der Beschwerden je 1.000 Schülerzeitkarten

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Stand Schülerzeitkarten: Juli 2017. Neu: Schülerjahreskarte Hessen - auch Zahlen aus freiem Verkauf.

II/2017	max. 2	0,22	0,34	
I/2017	max. 2	0,32	0,95	
JA 2016	max. 2	0,16	-92 %	
JA 2015	max. 2	0,32	-84 %	
JA 2014	max. 2	0,48	-76 %	
JA 2013	max. 2	0,15	-93 %	
JA 2012	max. 2	0,56	-72 %	
JA 2011	max. 2	0,26	-87 %	
JA 2010	ohne	1	-	
II/2017	max. 13 / 6.318	2 / 8.943	3 / 8.943	

Produkt:

HHJ Plan Ist Prog./ Abw. M

2100 Kreisvolkshochschule

1 Niedrige Ausfallquote

Anzahl Ausfälle Kurse / Anzahl angebotene geplante Kurse (jeweils ohne Berücksichtigung des Fachbereichs 1 - Gesellschaft)

II/2017	max 25 %	18 %	18 %	
I/2017	max 25 %	16 %	16 %	
JA 2016	max 25 %	18 %	-28 %	
JA 2015	max 25 %	16 %	-36 %	
JA 2014	max 25 %	21 %	-16 %	
JA 2013	max 25 %	20 %	-20 %	
JA 2012	max 25 %	17 %	-32 %	
JA 2011	max 25 %	17 %	-32 %	
JA 2010	max 25 %	17 %	-32 %	
JA 2009	max 25 %	15 %	-40 %	
II/2017	max. 232 / 925	97 / 526	167 / 925	

2

Deckungsbeitrag Stufe 1

Kennzahl (absolut): Teilnehmergebühren / Dozentenonorare (je in €)

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Schwerpunktmäßig erfolgen die Einnahmen (Gebühren) zum Semesterbeginn, die Ausgaben (Honorare) zum Semesterende. Daher ist eine unterjährige Betrachtung der Kennzahl nicht sinnvoll bzw. aussagekräftig.

Erläuterung Kennzahl allgemein: Die Kennzahl zeigt, wie stark die Teilnehmergebühren nach Abzug der Dozentenonorare zur Deckung der weiteren Kosten beitragen (Quotient aus Gebühreneinnahmen und Honorarausgaben).

II/2017	1,4	1,3	1,5	
I/2017	1,4	3,4	1,4	
JA 2016	1,5	1,4	-7 %	
JA 2015	1,5	1,5	0 %	
JA 2014	1,4	1,4	0 %	
JA 2013	1,4	1,4	0 %	
JA 2012	1,4	1,4	0 %	
JA 2011	1,3	1,4	8 %	
JA 2009	-	1,3	-	
II/2017	510.000 / 354.000	307.900 / 244.400	741.300 / 509.100	

Produkt:

3

Kostendeckung

Kennzahl (absolut): Teilnehmergebühren / Zuschüsse und Kostenersätze (je in €)

Gründe der Abweichung: Zum Zeitpunkt der Kennzahlenberechnung war noch nicht abzusehen, in welchem Umfang die KVHS mit der Organisation von Deutschkursen für Flüchtlinge beauftragt würde. Die Kosten für diese Kurse werden der KVHS vom Amt für Soziales erstattet. Die daraus resultierenden Erträge senken insgesamt den Kreiszuschuss.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine unterjährige Betrachtung der Kennzahl ist nicht sinnvoll, da sowohl der Kreiszuschuss als auch der Landeszuschuss erst zu einem späteren Zeitpunkt überwiesen werden.

Erläuterung Kennzahl allgemein: Die Kennzahl zeigt das Verhältnis zwischen Gebühreneinnahmen und Einnahmen aus Zuschüssen.

HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
II/2017	51:49	sh. Erl.	60:40	
I/2017	51:49	sh. Erl.	60:40	
JA 2016	52:48	62:38	19 %	
JA 2015	53:47	56:44	6 %	
JA 2014	52:48	48:52	-8 %	
JA 2013	51:49	52:48	2 %	
JA 2012	52:48	54:46	4 %	
JA 2011	51:49	52:48	2 %	
JA 2009	-	54:46	-	
II/2017	510.000 / 495.200	sh. Erl.	741.300 / 497.700	

4

Zuschuss in € pro Unterrichtseinheit (UE)

Kennzahl (absolut): Kreis- und Landeszuschuss in €/ UE

Gründe der Abweichung: Durch die Erträge aus den Deutschkursen für Flüchtlinge sinkt der Kreiszuschuss. Gleichzeitig steigt die Zahl der Unterrichtseinheiten.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine unterjährige Betrachtung der Kennzahl ist nicht sinnvoll, da sowohl der Kreiszuschuss als auch der Landeszuschuss erst zu einem späteren Zeitpunkt überwiesen werden.

Erläuterung Kennzahl allgemein: Die Kennzahl beschreibt das absolute Niveau der Refinanzierung durch Zuschüsse für die Durchführung einer Unterrichtseinheit (Quotient aus Kreis-/Landeszuschuss und Unterrichtseinheiten).

HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
II/2017	32	sh. Erl.	26	
I/2017	32	sh. Erl.	27	
JA 2016	32	22	31 %	
JA 2015	30	27	10 %	
JA 2014	32	37	16 %	
JA 2013	32	32	0 %	
JA 2012	30	28	-7 %	
JA 2011	28	30	7 %	
JA 2009	-	26	-	
II/2017	495.200 / 15.300	sh. Erl.	497.700 / 18.800	

Produkt:

HHJ Plan Ist Prog./ Abw. M

3120 Unterhaltsvorschussleistungen**1 Die Rückholquote aller Forderungsfälle beträgt 20 %**

Summe der Einnahmen nach § 7 UVG x 100 / Summe der Ausgaben ./. Einnahmen nach § 5 UVG
Absolute Kennzahl: (in €)

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Im Jahresverlauf hat sich die Rückholquote wieder gesteigert. Die Entwicklung angesichts der gesetzlichen Änderungen im Unterhaltsvorschussgesetz bleibt abzuwarten. Der Durchschnittswert für die ersten acht Monate des Jahres 2017 beträgt 20,4%.

II/2017	20 %	21,3 %	20 %	
I/2017	20 %	19,2 %	20 %	
JA 2016	20 %	19,2 %	-4 %	
JA 2015	20 %	16,1%	-19 %	
JA 2014	20 %	13,2 %	-34 %	
JA 2013	20 %	12 %	-40 %	
JA 2012	20 %	14,6 %	-27 %	
JA 2011	20 %	12,8 %	-36 %	
JA 2010	15 %	12,6 %	-15 %	
JA 2009	20 %	16,9 %	-16 %	
II/2017	-	31.220 / 146.759	-	

3140 Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Tagespflege**1 Abschluss einer Vereinbarung nach § 8a SGB VIII mit allen Tagespflegepersonen**

Abgeschlossene Vereinbarungen

Kennzahl (absolut): Anzahl der Tagespflegepersonen mit abgeschlossener Vereinbarung / Anzahl aller Tagespflegepersonen

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Vereinbarungen werden bis Ende 2017 von allen Tagespflegepersonen unterschrieben sein. Zurzeit sind ca. 60 % unterschrieben.

II/2017	100 %	60 %	100 %	
I/2017	100 %	0	100 %	
II/2017	-	120 / 200	200 / 200	

2 Vorlage eines "Rahmenkonzepts zur Tagespflege"

Vorliegendes Rahmenkonzept

Gründe der Abweichung: Kreis beteiligt sich seit 1.1.2017 am Modellprojekt des Bundes zur Kindertagespflege. Das Modell läuft bis zum Ende des Jahres 2018. Die erzielten Ergebnisse werden – nach Befürwortung durch die Verwaltungsspitze – in das Rahmenkonzept eingearbeitet. Von daher wird ein abschließendes Konzept frühestens im 1. Quartal 2019 vorgelegt.

II/2017	1	0	0	
I/2017	1	0	1	

Produkt:

HHJ Plan Ist Prog./ Abw. M

3 Gemeinsame Weiterbildungsangebote in den Kindertageseinrichtungen des Kreises durch die Mitarbeiter-/innen des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) in den Sozialräumen**a** Anzahl neuer durchgeführter Angebote

Gründe der Abweichung: Neue Weiterbildungsangebote wurden noch nicht entwickelt. Grund dafür sind organisatorische Veränderungen im Jugendamt.

II/2017	ohne	0	0	
I/2017	ohne	0	ohne	

b Anzahl Teilnehmer-/innen

Gründe der Abweichung: Sh. Erläuterungen zu Kennzahl 3a

II/2017	ohne	0	0	
I/2017	ohne	0	ohne	

3151 Prävention, Förder-, Unterstützungs- und erzieherische Beratungsleistungen**1 Entwicklung von niederschweligen Jugendhilfeangeboten zur mittel- bzw. langfristigen Reduzierung von Hilfen zur Erziehung**

Entwickelte Hilfeangebote im niederschweligen Bereich

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Einige niederschwellige Hilfen sind bereits installiert, z.B.:

- Active Learning, Nachmittagsbetreuung im Rahmen von Sozialer Arbeit an Schulen, Betreuung und Integration von Flüchtlingskindern
- Familienhelferinnen, die in Notsituationen in Familien aushelfen anstelle von sozialpädagogischer Familienhilfe nach § 31 SGB VIII
- Rendsburger Elterntraining
- Opstapje (Elterntraining)
- Marte Meo.

II/2017	ohne	5	5	
I/2017	ohne	2	ohne	

3170 Hilfe zur Erziehung**1 Erarbeitung neuer Qualitätsstandards und Implementierung als verbindliche Arbeitsgrundlage im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD)**

Neue Qualitätsstandards liegen vor und sind implementiert

Gründe der Abweichung: Für die stationären Hilfen sind die Qualitätsstandards entwickelt und im Rahmen von Qualitätsentwicklungsvereinbarungen mit den Mitgliedern der "AG 78" (Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII) abgeschlossen. Für die ambulanten Hilfen ist das Verfahren noch nicht abgeschlossen.

II/2017	100 %	50 %	50 %	
I/2017	100 %	50 %	100 %	

3190 Hilfe für junge Volljährige

1 Erarbeitung von Qualitätsstandards zur Verselbstständigung (Antragstellung, Begleitung Übergänge etc.) und Implementierung als verbindliche Arbeitsgrundlage im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD)

Neue Qualitätsstandards liegen vor und sind implementiert

II/2017	100 %	50 %	50 %	
---------	-------	------	------	--

Gründe der Abweichung: Sh. Erläuterungen zu Produkt 3170.

I/2017	100 %	75 %	100 %	
--------	-------	------	-------	--

3200 Eingliederungshilfe

1 Entwicklung und Implementierung neuer Qualitätsstandards und Verfahrensabläufe im Fachdienst Eingliederungshilfe im Zuge der Zusammenlegung der Eingliederungsleistungen SGB XII und SGB VIII

Neue Qualitätsstandards und Verfahrensabläufe liegen vor und wurden implementiert

II/2017	100 %	0	ohne	
---------	-------	---	------	--

Gründe der Abweichung: Die Qualitätsstandards sind im Entwurfsstadium fertiggestellt. Mit der Umsetzung kann allerdings erst dann begonnen werden, wenn auch das dafür benötigte Personal vorhanden ist.

I/2017	100 %	0	50 %	
--------	-------	---	------	--

5030 Bauleitplanung

1 Optimierung der Planungsprozesse: Einsatz moderner Medien (z. B. Austausch von Fachdaten und geographischen Daten)

Fristgerecht abgegebene Stellungnahmen

II/2017	80 %	67 %	65 %	
---------	------	------	------	--

Gründe der Abweichung: 1. Durch die aktuelle personelle Situation des Bereichs "Sonderbauten und Bauleitplanung" ist eine fristgerechte Abgabe der Stellungnahmen nicht immer möglich.

I/2017	80 %	73 %	75 %	
--------	------	------	------	--

2. Gestiegene Fallzahlen gegenüber dem Vorjahr.

JA 2016	80 %	87 %	9 %	
---------	------	------	-----	--

3. Verzögerter hausinterner Lauf der Eingangspost.

JA 2015	80 %	77 %	-4 %	
---------	------	------	------	--

JA 2014	80 %	76 %	-5 %	
---------	------	------	------	--

JA 2013	85 %	78 %	-8 %	
---------	------	------	------	--

JA 2012	85 %	71 %	-16 %	
---------	------	------	-------	--

JA 2011	85 %	84 %	-1 %	
---------	------	------	------	--

JA 2010	85 %	91 %	7 %	
---------	------	------	-----	--

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Abteilungsintern nicht steuerbar.

II/2017	80 / 100	56 / 83	72 / 110	
---------	----------	---------	----------	--

5040 Geoinformationssystem (GIS)

1 Dienstleistungen Bürger-GIS im Internet sowie GeoOffice Intranet-GIS für Mitarbeiter/-innen: Ständige Updates und Aktualisierung, Erweiterung des Angebotes durch neue Projekte und aktuelle graphische Informationen zum Kreis Bergstraße, Schulung und Fortbildung der Mitarbeiter, hohe online-Verfügbarkeit, Ausfallzeiten minimieren durch Projektmanagement

a Anzahl Projekt- und Kartenabrufe sowie Downloads Bürger-GIS und Intranet-GIS

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Für das Produkt 5040 stehen aufgrund vertraglicher Änderungen keine unterjährigen Quartalszahlen mehr unentgeltlich zur Verfügung. Aus Kostengründen werden diese nunmehr nur noch einmal p.a. angefordert, um die Jahresendwerte auszuweisen.

Grundsätzlich kann gesagt werden, dass die Zugriffszahlen für das GIS stetig steigen und die online-Verfügbarkeit kontinuierlich bei 98 % liegt.

II/2017	800.000	-	800.000	
I/2017	800.000	-	800.000	
JA 2016	800.000	858.100	7 %	
JA 2015	800.000	735.045	-8 %	
JA 2014	800.000	2.052.983	157 %	
JA 2013	750.000	734.184	-2 %	
JA 2012	300.000	810.656	170 %	
JA 2011	88.000	727.852	727 %	
JA 2010	80.000	86.275	8 %	
JA 2009	75.000	76.412	2 %	

b Online-Verfügbarkeit Bürger-GIS an 365 Tagen (8.760 Stunden) sowie Intranet-GIS an 235 Arbeitstagen (2.350 Stunden)

Kennzahl (absolut): Stunden Online-Verfügbarkeit Plan / Soll

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Sh. Erläuterungen zu 1a

II/2017	98 %	-	98 %	
I/2017	98 %	-	98 %	
JA 2016	98 %	99 %	1 %	
JA 2015	98 %	99 %	1 %	
JA 2014	98 %	98 %	0 %	
JA 2013	98 %	98 %	0 %	
JA 2012	98 %	98 %	0 %	
JA 2011	98 %	96 %	-2 %	
JA 2009	98 %	98,5 %	2 %	

II/2017	8.585 / 8.760 + 2.303 / 2.350	-	8.585 / 8.760 + 2.303 / 2.350	
---------	--	---	--	--

Produkt:

HHJ Plan Ist Prog./ Abw. M

5051 Bauaufsicht, Baugenehmigung und Wohnbauförderung**1 Kurze Bearbeitungsdauer für Genehmigungsverfahren**

Durchschnittliche Bearbeitungszeit von Antragseingang bis zur Genehmigung (Kalendertage)

Gründe der Abweichung: Die Personalgewinnung im technischen Bereich ist schwierig. Eine vakante Stelle im technischen Bereich konnte erst im Januar 2017 wieder besetzt werden. Einarbeitungszeiten, krankheitsbedingte Ausfälle und Inanspruchnahme Elternzeit. Zudem weiter sehr hohe Anzahl Bauanträge.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Voraussichtlich im Januar 2018 Rückkehr aus Elternzeit einer Mitarbeiterin sowie Einarbeitung neuer Mitarbeiterin.

II/2017	max. 60	97	90	
I/2017	max. 60	94	88	
JA 2016	max. 60	90	50 %	
JA 2015	max. 60	70	17 %	
JA 2014	max. 60	70	17 %	
JA 2013	max. 60	88	47 %	
JA 2012	max. 60	69	15 %	
JA 2011	max. 60	56	-7 %	
JA 2010	max. 60	46	-23 %	
JA 2009	max. 60	59	-2 %	

5070 Denkmalschutz**1 Erhaltung des Bestandes an erkannten Kulturdenkmälern bzw. wesentlicher Bestandteile von Gesamtanlagen**

Anteil untergegangener Kulturdenkmäler bzw. wesentlicher Teile von Gesamtanlagen

II/2017	max. 1 %	0,1 %	0,26 %	
I/2017	max. 1 %	0,02 %	0,26 %	
JA 2016	max. 1 %	0,21 %	-81 %	
JA 2015	max. 1 %	0,21 %	-79 %	
JA 2014	max. 1 %	0,08 %	-92 %	
JA 2013	max. 1 %	0,21 %	-79 %	
JA 2012	max. 1 %	0,23 %	-77 %	
JA 2011	max. 1 %	0,14 %	-86 %	
JA 2010	max. 1 %	0,16 %	-84 %	
JA 2009	max. 1 %	0,42 %	-58 %	
II/2017	max. 57 / 5.750	6 / 5.750	15 / 5.750	

5080 Immissionsschutz und Schornsteinfegerwesen**1 Fertigung des Zweitbescheides mit vorangegangener Anhörung zur Durchführung der vorgeschriebenen Schornsteinfegerarbeiten auf der Grundlage des Feuerstättenbescheides von dem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger**

Durchschnittliche Bearbeitungszeit ab Eingang Mängelbericht bis Fertigung Zweitbescheid (Kalendertage)

Gründe der Abweichung: Optimierung der Zusammenarbeit mit den bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegern. Sofortige Neubesetzung der vakanten Kehrbezirke der in Ruhestand versetzten bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger. Entsprechend den Erfahrungen aus Vorjahren erhöht sich die Anzahl der Fertigung der Zweitbescheide im 2. Halbjahr, sodass die Bearbeitungszeit wieder ansteigt.

II/2017	max. 50	45	48	
I/2017	max. 50	43	48	
JA 2016	max. 50	47	-6 %	
JA 2015	max. 50	42	-16 %	

5090 Verwaltung der Kreisstraßen**1 Erreichen der Zustandsklasse unterhalb des Warnwertes von 3,50 für alle Kreisstraßen (Mittelwert)**

Zustandsklasse < 3,50 auf der Gesamtstrecke (112,1 km; Stichtag: 31.12.2016)

Gründe der Abweichung: Die Maßnahme K55, Glattbach-Seidenbuch, wurde auf 2018 verschoben; die erwartete Verbesserung der Zustandsklasse entfällt daher in 2017. Die Maßnahme K36, freie Strecke Grein bis Landesgrenze, wird mit geändertem Baukonzept durchgeführt (Deckenerneuerung im Hocheinbau anstelle einer grundhaften Erneuerung). Es ist vorgesehen, die Maßnahme noch in 2017 durchzuführen, so dass für die Prognose von der Verbesserung der Zustandsklasse ausgegangen wurde. Der angenommene Wert des Streckenabschnittes nach Maßnahme ändert sich durch die geänderte Bauausführung von 1,00 auf 2,00. Genaue Werte ergeben sich erst aus der nächsten Zustandserfassung und -bewertung (ZEB).

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Um für alle Kreisstraßen die Zustandsklasse 3,5 als Obergrenze zu erreichen, sind entsprechende Mittel für die erforderlichen Investitions- und (Wert-)erhaltungsmaßnahmen bereitzustellen, die deutlich über das derzeitige Niveau hinausgehen müssen. Insbesondere sind Erhaltungsmaßnahmen, grundhafte Erneuerungen und Deckenerneuerungen im Hoch- und Tiefeinbau - auch ohne Förderung durch Bund und Land - notwendig, um den Werteverzehr aufzuhalten. Insbesondere auch im Bereich der Ingenieurbauwerke (Über- und Unterführungen, Stützbauwerke) - deren Zustand sich nicht in der Zustandsklasse spiegelt - ist in den kommenden Jahren mit größerem Erhaltungs-, Instandsetzungs- und Ersatzneubauaufwand zu rechnen.

II/2017	3,92	4,08	3,97	
I/2017	3,92	4,14	3,92	
JA 2016	3,79	4,06	7 %	
JA 2015	3,95	3,92	-0,8 %	
JA 2014	4,19	4,02	-4 %	
JA 2013	4,09	4,07	-0,5 %	
JA 2012	4,37	4,21	-4 %	
JA 2011	4,22	4,11	-3 %	
JA 2010	3,95	4,22	7 %	
JA 2009	3,95	4,14	5 %	

Produkt:**HHJ Plan Ist Prog./ Abw. M****5100 Öffentlicher Personennahverkehr****1 Qualitätssteigerung des Verkehrsangebots**

Anzahl der Beschwerden je 100.000 Fahrgäste

II/2017	max. 6	2,49	3,73	
I/2017	max. 6	1,12	3,36	
JA 2016	max. 6	3,31	-45 %	
JA 2015	max. 6	1,68	-72 %	
JA 2014	max. 6	2,3	-62 %	
JA 2013	max. 6	2,2	-63 %	
JA 2012	max. 7	1,5	-79 %	
JA 2011	max. 7	2,1	-70 %	
JA 2010	max. 7	2,4	-66 %	
JA 2009	max. 7	2,4	-66 %	
II/2017	max 386 / 6.437.000	160 / 6.437.000	240 / 6.437.000	

5141 Boden- und Gewässerschutz**1 Erhalt und Erhöhung der Anzahl der Wasserschutzgebiete mit Kooperationsvertrag**

Anzahl der Wasserschutzgebiete mit Kooperationsvertrag

Gründe der Abweichung: In 2017 ist es gelungen, über den Planwert hinaus weitere Kooperationsverträge zwischen den Wasserversorgern und Landwirten abzuschließen.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Es wird weiterhin versucht, die Abschlüsse der Kooperationsverträge zwischen Landwirten und Wasserversorgern voranzutreiben.

II/2017	27	30	30	
I/2017	27	30	30	
JA 2016	27	30	11 %	
JA 2015	27	24	-11 %	
JA 2014	16	24	50 %	
JA 2013	16	20	25 %	
JA 2012	15	15	0 %	
JA 2011	15	10	-33 %	
JA 2010	15	10	-33 %	
JA 2009	11	10	-9 %	

6020 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft**1 Kreditportfoliomanagement: Liquiditätssicherung, Begrenzung des Zinsänderungsrisikos, Nutzung öffentlicher Finanzierungsmöglichkeiten, Sicherstellung günstiger Marktkonditionen durch Wettbewerbsverfahren**

Zinsaufwand Investitionskredite einschließlich Derivate auf Basis der Zinsfestschreibung bzw.

Forwardzinssätze: ZinsA + 1,0 % < ZinsA Plan (in €)

Gründe der Abweichung: Der Zinsaufwand hat sich aufgrund der günstigen Zinskonditionen und dem späteren Kreditbedarf positiv entwickelt.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Im Istwert II/2017 sind die Zinsen 2017 für bestehende festverzinsliche Investitionskredite bis auf die Zinsabgrenzung (d. h. im Jahr 2018 fällige, jedoch dem Haushaltsjahr 2017 zuzurechnende Zinsen) bereits in voller Höhe enthalten.

II/2017	527.679	320.467	442.664	
I/2017	527.679	320.467	503.711	
JA 2016	604.542	432.957	-28 %	
JA 2015	758.346	551.446	-27 %	
JA 2014	1.480.417	1.321.246	-11 %	
JA 2013	1.703.827	1.430.187	-16 %	
JA 2012	1.815.617	1.577.962	-13 %	
JA 2011	1.809.218	1.651.822	-9 %	
JA 2010	1.831.602	1.722.660	-14 %	

2

Zinslastquote = Finanzaufwendungen x 100 / Summe der ordentlichen Aufwendungen

Kennzahl (absolut): Finanzaufwendungen in Mio. € / Summe der ordentlichen Aufwendungen in Mio. €

Gründe der Abweichung: Sh. Erläuterungen zu Kennzahl 1

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine unterjährige Betrachtung dieser Kennzahl ist nicht sinnvoll, da es sich um jahresbezogene Aufwendungen handelt.

Erläuterung Kennzahl allgemein: Die Kennzahl "Zinslastquote" zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den ordentlichen Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

II/2017	1,58 %	sh. Erl.	1,38 %	
I/2017	1,58 %	sh. Erl.	1,45 %	
JA 2016	2,00 %	1,73 %	-14 %	
JA 2015	3,28 %	1,77 %	-46 %	
JA 2014	3,36 %	1,62 %	-52 %	
JA 2013	3,57 %	1,77 %	-50 %	
JA 2012	4,27 %	1,91 %	-55 %	
JA 2011	3,19 %	2,25 %	-29 %	
II/2017	6,6376 / 420,3910	sh. Erl.	5,5666 / 402,6937	